

Die Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte gestern die Erörterung über die Ernährungsfragen fort.

Ein Fortschrittler glaubte, die Nachprüfung der Kartoffelporräte werde noch einen höheren Bestand ergeben. Er wünschte verminderte Verwendung der Kartoffeln zur Verfütterung, dagegen vermehrte Verwendung zur Brotbereitung. Ein konservativer Redner erwiderte, nicht alle Sorten der Kartoffeln eigneten sich zur menschlichen Ernährung, die dazu ungeeigneten müßten zur Verfütterung freigegeben werden. Ein sozialdemokratischer Redner klagte über ungleiche Verteilung von Kartoffeln. So habe die Stadt Halle einen solchen Ueberfluß an Kartoffeln, daß die Bevölkerung zur Abnahme aufgefordert werden mußte. Zur Spiritusbereitung seien zu viel Kartoffeln verwendet worden. Er betrachte das neue, in die Hände privater Interessenten gelegte Spiritusmonopol mit staatlichen Machtmitteln mißtraulich.

Ministerialdirektor Frhr. v. Stein erwiderte, man solle einer Stadt daraus doch keinen Vorwurf machen, wenn sie sich gut mit Kartoffeln versorgt habe; die Kartoffeln, die von den Einwohnern nicht abgenommen würden, könnten sehr wohl anderwärts untergebracht werden.

Auf die Frage, ob für technische Zwecke genügend Spiritus vorhanden sei, erwiderte ein Regierungsvertreter, durch die Erhöhung der Spirituspreise sei die Spirituserzeugung angeregt worden, so daß im April ein Ueberfluß von acht Millionen Litern zu verzeichnen war. Bis Oktober würden etwa hundert Millionen Liter in Frage kommen. Zur Spiritusbereitung würde etwa eine Million Melasse freigegeben werden, aus der etwa elf Millionen Liter gewonnen würden. So bestehe die begründete Aussicht, daß nicht nur der Heeresbedarf, sondern auch der Bedarf für technische Zwecke gedeckt werden können. Eine Freigabe des Spiritus für Trinkbranntwein sei in diesem Sommer nicht beabsichtigt. Zum Betrieb landwirtschaftlicher Motoren stehe Benzol zur Verfügung, der in großen Mengen erzeugt werde.

Ein konservativer Redner wünschte Beschränkung der Erörterungen auf die Maßnahmen, die für das Durchhalten in den Sommermonaten nötig seien. Die Spirituszentrale habe Anerkennenswertes geleistet; als Sachverständige könnten nur Interessenten in Frage kommen, die allein mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut wären. Ein nationalliberaler Redner wünschte Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln, da bei den zu niedrig angelegten Preisen die Frühkartoffeln nicht rechtzeitig auf den Markt kommen würden. Sodann wurde

die Frage der Fleischversorgung

erörtert. Ein Redner der Konservativen betonte, während man hinsichtlich der Kartoffeln über den Berg sei, mache die Fleischversorgung große Schwierigkeiten. Der 19,9 Millionen betragende Rindviehbestand, ermittelt bei der Zählung am 15. April, sei inzwischen um 432 000 Stück zurückgegangen, der Schweinebestand um 23 v. H. Es ergebe sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, den Fleischverbrauch einzuschränken. Den Gefangenen werde heute noch eine höhere Ration zugeführt als der einheimischen Bevölkerung. Die Vorräte in den Magazinen und dem Handel an Konserven, Rauchfleisch usw. müßten herausgeholt werden. Das Hauschlachtungsverbot sei unzweckmäßig, weil der kleine Mann und Bauer von der Aufzucht abgehalten werde und schließlich für sich selbst nichts mehr habe. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn die Hauschlachtungen unter scharfer Aufsicht gestellt würden. Von der Zweckmäßigkeit der Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel könne er sich nicht überzeugen.

Ein nationalliberaler Redner hielt das Ergebnis der Schweinezählung für betrüblich, die Aussichten für den Herbst und Winter wenig günstig. Ein Teil der Schuld an diesem Zustande liege in der Preispolitik. Es müsse an die Bereitung von Mastfett für die breiten Volksschichten gedacht werden, dafür angeforderte Mittel müsse der Reichstag bewilligen. Die ungeheuer hohen Ferkelpreise forderten zur Festsetzung von Höchstpreisen geradezu heraus. Die Vorratsstatistik sei ungenügend, weil sie die Vorräte in den Haushaltungen nicht erfasse. Das Hauschlachtungsverbot halte er für bedenklich. Die Fleisch- und Viehpreise seien durch den Gewinn der Zwischenhändler in die Höhe getrieben worden. Die Militärverwaltung und die Landwirtschaftskammer in Ostpreußen hätte je 3 v. H. vom Kaufwert den Einkäufern gezahlt, das sei viel zu viel.

Ein Fortschrittler wünschte, das neue Ernährungsamt solle alle Nahrungsmittel beschlagnahmen, damit nicht Private, Gemeinden, die Militärverwaltung usw. gegenseitig in Wettbewerb träten und die Preise in die Höhe treiben könnten zum Schaden des Reichs und der Bevölkerung. Für Süßwasserfische sei eine Erhöhung der Höchstpreise angezeigt, die Festsetzung von Höchstpreisen für Seefische sei aber ein zweischneidiges Schwert. Das Hauschlachtungsverbot solle aufgehoben, die Schlachtungen aber überwacht und meldepflichtig gemacht werden. Es sei Raubbau, wenn die Militärverwaltung dabei bleibe, für die Soldaten dieselbe Rindfleischration zu geben wie bisher.

Ein Regierungsvertreter äußerte sich über die

Entwicklung der Schweinehaltung.

Die Aussichten dafür seien nicht ungünstig. Die Zahl der Zuchtfaunen im Alter von ½ bis zu einem Jahre in Preußen sei um 38 v. H. gestiegen, gegenüber einer Abnahme von 15 v. H. alter Sauen. Es werde also auch in Zukunft mit einer starken Zunahme der Ferkelerzeugung zu rechnen sein. Ein Hauschlachtungsverbot sei allgemein nicht ergangen. Demnächst werde in Preußen durch eine ministerielle Verordnung allgemein die Genehmigungspflicht für Hauschlachtungen angeordnet. Die Kälberaufzucht solle durch ein Verbot der Abschachtung um die Hälfte gegen früher gefördert werden. Die Mastungsverträge würden fortgesetzt und Futtermittel nach Möglichkeit beschafft. Die Provisionsgebühren für Händler betrügen 3½ v. H. und mehr, die Kosten der Sammelstellen etwa 2 v. H.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter teilte mit, nach den ihm gewordenen Nachrichten würden Vergütungen bis zu 15 v. H. an die Händler bezahlt, viel mehr als zu Friedenszeiten; manche Händler hätten Verdienste von 7000 bis 8000 M. wöchentlich. Dagegen müsse eingeschritten werden. Für Ferkel sollten Höchstpreise von 30 bis 40 M. festgesetzt werden. Dem Kettenhandel mit Fleisch und Fleischwaren müsse entschieden entgegengetreten werden; daß durch amtliche Hemmungen Fleisch dem Verderben ausgesetzt worden sei, habe man kürzlich in Berlin erleben müssen. Allen jenen, die Lebensmittel zurückhielten, müßten unter Bestrafung die Waren ohne Entgelt abgenommen

werden. Gewisse Waren sollten durch die Verbrauchsgenossenschaften an die Käufer übermittelt werden.

Ein Vertreter der Militärverwaltung sprach zunächst über die Gefangenenbelästigung. Er teilte weiter mit, Jungvieh werde nach Möglichkeit auf die Weiden der besetzten Gebiete gebracht, Schweinemästung werde bei der Truppe stark betrieben und gefördert. Auf die Vieh- und Fleischknappheit nehme die Heeresverwaltung entsprechende Rücksicht. An Rindfleisch könne nicht gespart werden wegen Mangels an Schweinefleisch. Trotz Abminderung sei es möglich gewesen, in Kalorien ausgedrückt den bisherigen Ernährungsstand aufrechtzuerhalten. Klagen kämen immer, wie auch Küche und Verpflegung sein mögen; das Feldheer sei aber so verpflegt, daß begründete Klagen nicht vorgebracht werden könnten. Ein Regierungsvertreter sprach über die Versorgung mit Seefischen. Gegen die Preistreibererei in Fischen sei eine Organisation geschaffen, die in Verbindung mit den örtlichen Preisprüfungsstellen arbeite.

Ein Mitglied des Zentrums wünschte die Verteuerung der Seefische durch den Zwischenhandel möglichst zu unterbinden und, wie für Süßwasserfische, Höchstpreise festzusetzen. Die Versorgung Süddeutschlands mit Fischen lasse zu wünschen übrig. Die großen Städte an Vieh seien nicht rechtzeitig in Bewirtschaftung genommen worden. Trotz aller Warnungen sei rücksichtslos aus dem Vollen gewirtschaftet worden; als endlich durch Verordnungen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden seien, sei bereits unberechenbarer Schaden für unsere Volkswirtschaft zugunsten Weniger eingetreten. Durch die zu starke Abschachtung von Rindern werde die Milchproduktion verringert. In Bayern seien in einem Vierteljahre Dähnen und Bullen um 12 v. H. zurückgegangen, mehr als in anderen Bundesstaaten; ähnlich sei es mit Schweinen. Durch Schonung der Bestände müsse hier wieder ein richtiges Verhältnis hergestellt werden. An der Front könne nicht gespart werden, wohl aber hinter der Front und bei den Gefangenen. Die Verbrauchsregelung durch Fleischkarten sei viel zu spät erfolgt. Der schwerarbeitenden Bevölkerung sollte man möglichst entgegenkommen, auch bei der Fleischversorgung

Auf

Angriffe gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft

bemerkte ein Regierungsvertreter, daß sie gewisse Zwischenhändler zurückgewiesen habe, um die Zentralisierung auch wirklich durchzuführen und die Uebersicht über den Markt zu behalten. Von diesen Zurückgewiesenen kämen die meisten Klagen, die aus offensichtlichen Gründen vorsichtig aufgenommen werden sollten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter glaubte, daß die Uebertriebung des Zentralisierungsprinzips zu Schädigungen der Verbraucher führe. Auf dem Berliner Viehmarkt kämen mit Bezugsscheinen Durchstechereien vor. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion wünschte, daß den Feldtruppen genügend Fleisch zugeführt werde, vielleicht unter Anrechnung des in einzelnen Gebieten zum Abschuh gelangenden Wildes. Der Verkauf von Fleisch an Vorabend fleischloser Tage solle eingestellt werden. Das Genehmigungsgebot bei Hauschlachtungen halte er für keinen Vorzug gegenüber dem jetzigen Verfahren. Höchstpreise für Ferkel jezt nachträglich einzuführen, erscheine nicht ratsam. Bei der Heeresverwaltung werde mit dem Vieh nicht in der nötigen sorgsam Weise vorgegangen. Hier müßten die Intendanturen entsprechende Weisungen erhalten.

Ein Regierungsvertreter bemerkte vorgebrachten Klagen gegenüber, daß die Beschlagnahme von Milchvieh und hochtragenden Kühen nicht den Absichten der Landeszentralbehörden entspreche. Es seien entsprechende Anweisungen ergangen. Das Arbeitsvieh müsse den Besitzern belassen werden.

Ein Zentrumsredner beklagte, daß nicht immer demgemäß verfahren werde. Die Konservenindustrie habe rücksichtslos Milch und trächtiges Vieh an sich gebracht und hingeschlachtet. Die Heeresverwaltung trage hierfür einen Teil der Schuld. Es müsse erwogen werden, inwieweit die Konservenbestände für die Zivilbevölkerung nutzbar gemacht werden könnten. Ueberhaupt sei es zum planmäßigen Vorgehen bei Regelung der Ernährungsfrage nötig, zu wissen, was vorhanden und was im Monat notwendig sei. Er stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der eigentliche Handel im Inland ausgeschaltet und der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst gekürzt werde. Anders lägen die Verhältnisse im Verkehr mit dem Ausland. Redner bemängelte in dieser Hinsicht die Zentral-Einkaufsgesellschaft und die Rohkaufsstelle der Heeresverwaltung. Es werde vielleicht angezeigt sein, einen besonderen Ausschuss zur Untersuchung dieser Verhältnisse zu bilden.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärte, er habe sich mit den Einzelheiten der Zentral-Einkaufsgesellschaft noch nicht beschäftigen können. Aber bei dem Ausbau des Systems, nach dem diese Gesellschaft arbeite, habe er in seiner Eigenschaft als Leiter der Finanzverwaltung mitzuwirken Gelegenheit gehabt, und dieses System scheine ihm das richtige zu sein. Beim Einkauf von Getreide in Rumänien habe anfangs der Handel völlig freie Hand gehabt, aber trotz hoher Aufwendungen und Spesen die Versorgung Deutschlands nur in unzureichender Weise betätigen können. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft habe zweifellos eine wesentliche Besserung herbeigeführt. Die Frage der Baluta habe bei der Versorgung mit Lebensmitteln niemals eine Rolle gespielt, die Einfuhr von Lebensmitteln sei durch die Baluta-Rücksichten niemals behindert worden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter klagte über geringe Anlieferung von Schweinen nach Berlin. Händler und Landwirte steckten unter einer Decke zu ungunsten der Verbraucher. Fleischkarten könnten erst eingeführt werden, wenn man wisse, welche Menge Fleisch vorhanden sei. Die Viehhändlerverbände hätten sich bis jetzt nicht bewährt. Die verschiedenen Höchstpreise müssen in organischen Zusammenhang gebracht werden. Daß man die Bestandsaufnahme nicht auch bei wohlhabenden Familien durchgeführt habe, sei deshalb bedauerlich, weil die Vorratsstatistik dadurch unvollkommen sei. Ein nationalliberaler Abgeordneter glaubte, daß die Fleischherzeugung nach der Heuernte und Bereitstellung von Futtermitteln sich steigern werde. Die viehlose Wirtschaft müsse bekämpft, jedenfalls müßten die Besitzer zur Abgabe des Futters gezwungen werden.

Ein Regierungsvertreter äußerte sich über die Viehhändlerverbände, die nicht immer hätten erfüllen können, was man von ihnen erwartet habe, so die Beschaffung von Schlachtvieh für Berlin in ausreichender Menge. In Preußen werde die Vieh- bzw. Fleischmenge von der Zentralstelle nicht mehr an die Gemeindeverbände, sondern den Provinzen zur Verteilung an diese